



Beschluss

Az. BK6-19-196

In dem Besonderen Missbrauchsverfahren der

Gas- und Energiegesellschaft mbH (GEG), vertreten durch die Geschäftsführung, Ackerstr. 16,
06773 Gräfenhainichen,

– Antragstellerin –

zur Überprüfung des Verhaltens der

Netz Leipzig GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung,
Arno-Nitzsche-Str. 35, 04277 Leipzig,

– Antragsgegnerin –

wegen: Elektronischer Netznutzungsabrechnung

hat die Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post
und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen
Homann,

durch den Vorsitzenden Christian Mielke,

den Beisitzer Andreas Fixel

und den Beisitzer Jens Lück

am 10.03.2021 beschlossen:

1. Der Antrag wird als unbegründet abgelehnt.
2. Eine Entscheidung über die Kosten bleibt vorbehalten.

Gründe

I.

Die Parteien streiten über die Beachtung der Vorgaben zur elektronischen Netznutzungsabrechnung nach der Festlegung zu Geschäftsprozessen zur Kundenbelieferung mit Elektrizität (BK6-06-009, nachfolgend: GPKE).

1. Die Antragstellerin ist als Energielieferantin tätig und versorgt überregional Kunden mit Strom und Gas. Dabei ist die Antragstellerin auch im Netz der Antragsgegnerin tätig. Die Antragsgegnerin ist Betreiberin eines Elektrizitätsverteilernetzes mit etwa 360.000 angeschlossenen Entnahmestellen. Die Tätigkeit der Antragsgegnerin bezieht sich hauptsächlich auf das Gebiet der Stadt Leipzig.

Zwischen der Antragstellerin und der Antragsgegnerin besteht ein Vertragsverhältnis in Form des Lieferantenrahmenvertrages zur Ausgestaltung der Netznutzung. Die Antragsgegnerin rechnet die von der Antragstellerin zu entrichtenden Netzentgelte nach dem in der GPKE vorgesehenen Geschäftsprozess „Netznutzungsabrechnung“ mittels elektronischer EDIFACT-Nachrichten ab. Zunächst übermittelt der Netzbetreiber dem Energielieferanten bzw. Netznutzer die Netznutzungsrechnung elektronisch mit dem EDIFACT-Nachrichtentyp „INVOIC“. Den Empfang dieser Nachricht hat der Energielieferant durch Übermittlung einer so genannten „CONTRL“-Nachricht zu bestätigen. Zur Zahlung der in Rechnung gestellten Netznutzungsentgelte bestätigt der Energielieferant die Rechnung sodann mittels Versendung eines Zahlungssavis in Form einer „positiven REMADV“ und begleicht den fälligen Betrag. Sofern der Energielieferant die Abrechnung der Netznutzungsentgelte als fehlerhaft ansieht, muss als Reaktion eine „negative REMADV“-Nachricht an den Netzbetreiber verschickt werden. Dabei hat der Lieferant dem Netzbetreiber den Ablehnungsgrund mitzuteilen. Im Anschluss wird sodann ein bilateraler Klärungsprozess initiiert. Sofern sich hierbei die ursprüngliche Rechnung als korrekt erweist, hat der Energielieferant dies durch die Übermittlung einer „positiven REMADV“ zu bestätigen und die Zahlung vorzunehmen. Falls sich die Rechnung innerhalb des Klärungsprozesses als fehlerhaft erweist, hat der Netzbetreiber diese zu stornieren und eine korrigierte Rechnung zu versenden. Weitergehende inhaltliche oder prozessuale Anforderungen an den Klärungsprozess stellt die GPKE nicht, sondern lässt

den Beteiligten im Übrigen einen Gestaltungsfreiraum. Sofern in einem Klärungsprozess kein Konsens zwischen den Beteiligten erreicht werden kann, bleibt die Fälligkeit der Rechnung dennoch bestehen. Technische Umsetzungsdetails sowie spezifische Inhalte der im Rahmen des Geschäftsprozesses „Netznutzungsabrechnung“ zu verwendenden Nachrichten sind in dem EDI@Energy-INVOIC-REMADV – Anwendungshandbuch beschrieben.

Die Antragsgegnerin übermittelte der Antragstellerin mit INVOIC-Nachricht vom 18.06.2019 eine Netznutzungsrechnung für die Marktllokation [REDACTED]. Die in dieser Rechnung angegebene Rechnungsperiode bezog sich auf den Juli 2019. Die Antragstellerin lehnte diese Rechnung durch negative REMADV-Nachricht mit dem Reklamationsgrund Z02 und dem Freitext „Abrechnungs-ende nach Vertragsende“ ab. Als Reaktion teilte die Antragsgegnerin der Antragstellerin mit E-Mail vom 20.06.2019 mit, dass sie mit der Ablehnung durch die Antragstellerin nicht übereinstimme.

Im Zuge der bestehenden Vertragsbeziehung übermittelte die Antragsgegnerin der Antragstellerin zur Abrechnung der Netznutzung noch zahlreiche weitere Rechnungen. Ein Teil dieser als INVOIC-Dateien verschickten Rechnungen wies mitunter im Einzelfall abweichende Fälligkeitsdaten und in der Zukunft liegende Abrechnungszeiträume auf. Darüber hinaus kam es zwischen der Antragstellerin und der Antragsgegnerin während des bestehenden Vertragsverhältnisses zu Differenzen über die Darstellung und Berücksichtigung von geleisteten Abschlagsbeträgen bei erstellten Netznutzungsabrechnungen. Diese Differenzen bezogen sich unter anderem auf die Rechnungen mit den Rechnungsnummern PRN720008876613 und PRN 720008876612. Anlässlich dieser Rechnungen wandte sich die Antragstellerin am 08.10.2019 mit einer Beschwerde per Fax bezüglich der Berücksichtigung geleisteter Abschläge an die Antragsgegnerin und die Bundesnetzagentur und reklamierte diese Turnusrechnungen. Mit Schreiben vom 14.10.2019 erläuterte die Antragsgegnerin der Antragstellerin, warum die Turnusrechnungen aus ihrer Sicht korrekt erstellt worden seien und verwies insbesondere auf ihr Abrechnungssystem und die Funktionsweise systemseitig durchgeführter Prüfungen und Stornierungen.

Am 31.08.2020 übermittelte die Antragsgegnerin der Antragstellerin unter der Rechnungsnummer PRN750007881284 eine Rechnung vom 28.08.2020. Diese bezog sich auf die Rechnungsperiode vom 24.09.2020 – 26.10.2020. Als Fälligkeitsdatum wies die betreffende Rechnung den 26.10.2020 aus.

3. Mit Fax vom 20.06.2019 wandte sich die Antragstellerin mit einem nicht näher spezifizierten „Antrag auf Missbrauchsverfahren wegen unzulässiger Netznutzungsrechnung“ gegen die Antragsgegnerin an die Bundesnetzagentur. Mit Fax vom 08.10.2019 wandte sich die Antragstellerin

mit einer weiteren „Beschwerde“ an die Beschlusskammer. Die beiden Beschwerden wurden durch die Beschlusskammer zu einem Verfahren verbunden. Im Anschluss an die erfolgte Stellungnahme der Beschlusskammer vom 04.02.2020 legte die Antragstellerin beim OLG Düsseldorf Beschwerde gem. § 75 Abs. 3 Energiewirtschaftsgesetz (im Folgenden: EnWG) ein. Nach Hinweis des OLG Düsseldorf in der mündlichen Verhandlung vom 09.09.2020 stellte die Antragstellerin mit Schriftsatz vom 10.09.2020, per Fax am selben Tag bei der Beschlusskammer eingegangen, einen Antrag auf Durchführung eines Besonderen Missbrauchsverfahrens gem. § 31 EnWG.

4. Die Antragstellerin ist der Ansicht, dass die Antragsgegnerin die Vorgaben der Bundesnetzagentur zur Marktkommunikation nicht einhalte, weil die aus der GPKE resultierenden Vorgaben zum Geschäftsprozess „Netznutzungsabrechnung“ nicht beachtet bzw. nicht vollständig umgesetzt würden. Dies führe dazu, dass die Antragsgegnerin dauerhaft fehlerhafte Netznutzungsabrechnungen erstellt habe. Dabei bezieht sich die Antragstellerin insbesondere darauf, dass die Antragsgegnerin Turnusabrechnungen nicht zeitnah, sondern bereits weit vor Fälligkeit stelle. Dies sieht die Antragstellerin als unzulässig an. Weiterhin ist sie der Ansicht, dass die Antragsgegnerin gegen die Vorgaben zum Geschäftsprozess „Netznutzungsabrechnung“ verstoße, indem sie in einer INVOIC-Datei mehrere Netznutzungsrechnungen mit teilweise abweichenden Fälligkeiten versende. Die Antragstellerin vertritt die Ansicht, dass die Antragsgegnerin in einer INVOIC-Datei lediglich Netznutzungsrechnungen mit gleichen Fälligkeiten versenden dürfe, um die Beantwortung und Begleichung mit nur einer REMADV-Nachricht zu ermöglichen. Andernfalls könne sie die Rechnungen aufgrund der teilweise abweichenden Fälligkeiten nicht zu einer REMADV zusammenzufassen und somit auch nicht ihrer Verpflichtung aus den Vorgaben zum Geschäftsprozess „Netznutzungsabrechnung“ nachkommen. Ferner ist die Antragstellerin der Ansicht, dass die Antragsgegnerin auch deswegen dauerhaft fehlerhafte Netznutzungsabrechnungen erstelle, weil sie nicht alle geleisteten Abschlagszahlungen der Antragstellerin in den jeweiligen Turnusrechnungen erfasse. Weiterhin trägt die Antragstellerin vor, dass die Netznutzungsrechnung vom 18.06.2019 für die Marktlotation [REDACTED] unzulässig sei, weil die Belieferung dieser Marktlotation durch die Antragstellerin am 12.06.2019 mit Wirkung zum 10.05.2019 abgemeldet worden sei. Diese Abmeldung habe die Antragsgegnerin am 12.06.2019 auch bestätigt. Die Antragstellerin ist der Ansicht, dass die Antragsgegnerin durch die Art Netznutzungsabrechnung übermäßig personelle und finanzielle Mittel der Antragstellerin binde und diese damit insgesamt in ihrer Wettbewerbsfähigkeit behindere.

Die Antragstellerin beantragt wörtlich:

„Die Bundesnetzagentur mag den Beschwerdegegner verpflichten, korrekte Abrechnungen zu erstellen und alle im Abrechnungszeitraum geforderten Abschlagsbeträge zu berücksichtigen.“

Die Antragsgegnerin beantragt sinngemäß,

den Antrag der Antragstellerin zurückzuweisen.

Die Antragsgegnerin ist der Ansicht, dass sie die Regeln zur Marktkommunikation und die Vorschriften des Geschäftsprozesses „Netznutzungsabrechnung“ einhalte und umsetze. Die Antragsgegnerin ist insbesondere der Ansicht, dass die reklamierten Turnusrechnungen PRN720008876613 und PRN 720008876612 korrekt erstellt worden seien. Nach ihrer Auffassung könne kein Fehlverhalten darin gesehen werden, dass sie über ihr Abrechnungssystem Abschlagsrechnungen automatisch storniere, deren Leistungszeitraum den Abrechnungszeitraum der jeweiligen Turnusrechnung überschreite, und sodann entsprechende Storno- und Turnusrechnungen per INVOIC an die Antragstellerin versende. Die so erstellten Netznutzungsabrechnungen seien inhaltlich richtig und der Missbrauchsvorwurf nicht nachvollziehbar. Die Antragsgegnerin führt weiter aus, dass bei den reklamierten Turnusrechnungen PRN720008876613 und PRN 720008876612 derartige Stornierungen erfolgt seien und die Antragstellerin beide Stornierungen am 08.10.2020 in einem Avis bestätigt habe. Überdies handle es sich bei dem Zusammenspiel von Abschlagsstornierung und Turnusrechnung um einen Themenkomplex, der zwischen Lieferant und Netzbetreiber bilateral zu klären sei. Eine solche Klärung habe die Antragstellerin durch ihr erläuterndes Schreiben vom 14.10.2019 eingeleitet. Weiterhin ist die Antragsgegnerin der Ansicht, dass die Antragstellerin ihrerseits die Regeln zum elektronischen Datenaustausch innerhalb des Geschäftsprozesses „Netznutzungsabrechnung“ nicht einhalte, weil die Antragstellerin vielfach Reklamationen per E-Mail versende und nicht durch Versandt einer negativen REMADV. Bezüglich der Marktlotation [REDACTED] vertritt die Antragsgegnerin die Auffassung, dass eine wirksame Abmeldung zum Zeitpunkt der Rechnungslegung nicht vorgelegen habe.

5. Die Bundesnetzagentur hat den Beschlussentwurf gemäß §§ 55 Abs. 1, 58 Abs. 1 Satz 2 EnWG dem Bundeskartellamt und der zuständigen Landesregulierungsbehörde am 24.02.2021 mit der Gelegenheit zur Stellungnahme übersandt.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Verfahrensakte Bezug genommen.

II.

Der Antrag auf Durchführung eines Besonderen Missbrauchsverfahrens gem. § 31 EnWG ist unbegründet.

1. Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde für die vorliegende Entscheidung folgt aus § 54 Abs. 1 Satz 1 EnWG, da es sich bei der Antragsgegnerin um eine Netzbetreiberin mit über 100.000 angeschlossenen Kunden handelt. Die Beschlusskammer ist zur Entscheidung gemäß § 59 Abs. 1 Satz 1 EnWG berufen.

2. Der Antrag ist zwar zulässig, in der Sache jedoch als unbegründet abzuweisen.

2.1. Das Versenden von Netznutzungsrechnungen mit teilweise abweichenden Fälligkeiten in derselben INVOIC-Dateien vermag vorliegend ebenfalls kein missbräuchliches Verhalten der Antragsgegnerin im Sinne von § 31 EnWG zu begründen.

Über das Besondere Missbrauchsverfahren nach § 31 EnWG wird Personen oder Personenvereinigungen die Möglichkeit eingeräumt, durch die Regulierungsbehörde das Verhalten eines Betreibers von Energieversorgungsnetzen daraufhin überprüfen zu lassen, inwieweit es im Widerspruch zu energierechtlichen Vorschriften steht. Hiervon sind jedoch nicht sämtliche Vorschriften des Energierechts umfasst. Maßgeblich ist nur, ob das Verhalten des Netzbetreibers mit den Vorgaben in den Bestimmungen der Abschnitte 2 und 3 des dritten Teils des EnWG oder der auf dieser Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen sowie den nach § 29 Abs. 1 EnWG festgelegten oder genehmigten Bedingungen und Methoden übereinstimmt. Der Antragsteller muss hierbei unter anderem hinreichend substantiiert darlegen, aus welchen Gründen Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verhaltens des Netzbetreibers bestehen (§ 31 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 EnWG).

Das Verfahren zur Abrechnung von Netznutzungsentgelten, das insofern auch Turnusabrechnungen umfasst, richtet sich nach dem in der GPKE zum streitgegenständlichen Zeitpunkt enthaltenen Geschäftsprozess „Netznutzungsabrechnung“. Bei den Festlegungen zur Marktkommunikation, zu denen auch die GPKE zählt, handelt es sich um Bedingungen und Methoden, die durch die Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde nach § 29 Abs. 1 EnWG festgelegt wurden. Folglich können Verletzungen der Marktkommunikationsregeln grundsätzlich auch ein Besonderes Missbrauchsverfahren nach § 31 EnWG begründen. In der GPKE werden die für den vorliegenden Besonderen Missbrauchsantrag maßgeblichen Verfahrensschritte in der Geschäftsprozessbeschreibung „Netznutzungsabrechnung“ definiert und dargelegt. In dem streitgegenständlichen Abschnitt finden sich standardisierte Vorgehensweisen, die Netzbetreiber und Lieferanten

üblicherweise schematisch abarbeiten. In technischer Hinsicht werden diese Prozesse durch Vorgaben im EDI@Energy-INVOIC-REMADV – Anwendungshandbuch konkretisiert und ausgeformt. Zwar ist das EDI@Energy-INVOIC-REMADV – Anwendungshandbuch selbst normhierarchisch nicht Bestandteil einer Festlegung zur Marktkommunikation. § 4 Abs. 2 des Lieferantenrahmenvertrags normiert jedoch eine von den Vertragsparteien zwingend zu beachtende Verpflichtung, die Vorgaben des EDI@Energy-INVOIC-REMADV – Anwendungshandbuchs im bilateralen Vertragsverhältnis umzusetzen und der elektronischen Kommunikation sowie insbesondere den Abrechnungsprozessen zugrunde zu legen.

Sofern die Antragstellerin moniert, dass die Antragsgegnerin in einer INVOIC-Datei mehrere Netznutzungsrechnungen mit teilweise abweichenden Fälligkeiten versende, lässt sich insbesondere auf Basis des Vortrags der Antragstellerin diesbezüglich eine grundsätzliche Nichtbeachtung der in der GPKE festgelegten Geschäftsprozesse zur „Netznutzungsabrechnung“ durch die Antragsgegnerin nicht feststellen.

Auch dem EDI@Energy-INVOIC-REMADV – Anwendungshandbuch in der streitgegenständlichen Fassung lässt sich keine eindeutige Regelung entnehmen, dass das Versenden von Netznutzungsabrechnungen mit unterschiedlichen Fälligkeiten in einer INVOIC-Datei unzulässig ist. Zwar verweist die Antragstellerin insofern auf einen Passus des EDI@Energy-INVOIC-REMADV – Anwendungshandbuchs, der bezüglich der Ausprägung von REMADV-Nachrichten besagt:

„Aus Gründen einer höchstmöglichen Automatisierung und Fehlerminimierung sind die Forderungen und Rückerstattungen der Einzel-INVOIC in einer REMADV zu verrechnen, so dass sich in der Regel eine Forderung des NB an den Lieferanten ergibt.“

Bereits die Auslegung des Wortlauts verdeutlicht jedoch, dass sich aus der INVOIC-Datei eine Forderung des Netzbetreibers als anzustrebender Regelfall ergeben soll. Die Formulierung „in der Regel“ legt sprachlich nahe, dass dies nicht zwingend der Fall sein muss, sondern es von diesem anzustrebenden Regelfall auch zulässige Abweichungen geben kann. Für den konkreten Fall bedeutet dies, dass Rechnungen einer INVOIC-Datei mit gleichem Fälligkeitsdatum grundsätzlich zu einer REMADV zusammenzufassen und zu beantworten sind. Sofern in einer INVOIC-Datei jedoch im Einzelfall auch Rechnungen mit abweichender Fälligkeit enthalten sein sollten, sind diese mit einer eigenen REMADV zu beantworten. Demnach ist auf Basis des Vortrags der Antragstellerin schon nicht ersichtlich, dass die Antragsgegnerin gegen Regeln des EDI@Energy-INVOIC-REMADV – Anwendungshandbuchs verstößt, wenn sie im Einzelfall in einer INVOIC-Datei Rechnungen mit abweichenden Fälligkeiten versendet. Der Vortrag der Antragstellerin lässt darüber

hinaus auch nicht den zulässigen Schluss zu, dass die Antragsgegnerin in den von ihr versendeten INVOIC-Dateien ausschließlich und regelmäßig Rechnungen unterschiedlicher Fälligkeiten zusammenfasst. Schon die von der Antragstellerin als Beleg angeführte INVOIC-Datei mit der Dokumentennummer 0100045717551 zeigt, dass die Antragsgegnerin in dieser insgesamt neun Einzelrechnungen zusammengefasst hat, von der acht das gleiche Fälligkeitsdatum aufweisen und lediglich eine Rechnung im Einzelfall abweicht. Ferner ist auch nicht ersichtlich, dass eine solche Abweichung im Einzelfall, die wie bereits dargelegt auch nach dem EDI@Energy-INVOIC-REMADV – Anwendungshandbuch nicht unzulässig ist, für sich genommen geeignet ist, erkennbare und erschwerende Auswirkungen auf den zu gewährenden Netzzugang auszuüben.

Darüber hinaus ist auch im vorliegenden Fall zu beachten, dass nicht in jedem (vorgetragenen) Regelverstoß gegen die Detailbeschreibungen festgelegter Methoden wie der GPKE automatisch ein von § 31 EnWG erfasster Verstoß gesehen werden kann. Gerade im Bereich schnelllebiger elektronischer Massenkommunikation, in dem es mitunter zu einfachen Tippfehlern oder kurzfristigen Softwarefehlfunktionen kommen kann, würde dies ansonsten zu einer ausufernden und vom Gesetzgeber nicht intendierten Anwendbarkeit des Besonderen Missbrauchsverfahrens nach § 31 EnWG führen. Im Bereich der Marktkommunikation kann von einem von § 31 EnWG erfassten Verstoß vielmehr nur dann ausgegangen werden, wenn Regelverstöße eine derartige Dauer und Intensität annehmen, dass aus ihnen der Rückschluss auf eine insgesamt fehlerhafte oder unvollständige Umsetzung der behördlichen Festlegung gezogen werden muss. Dies kann angesichts der von der Antragstellerin angeführten Einzelfälle vorliegend jedoch nicht angenommen werden. Weitere Beschwerden anderer Energieversorger über die Nichteinhaltung der Marktkommunikationsregeln durch die Antragsgegnerin als Netzbetreiberin, die insoweit als ein zusätzliches Indiz für eine strukturelle Missachtung der Marktkommunikationsregeln durch die Antragsgegnerin aufgefasst werden könnten, sind der Beschlusskammer zum Entscheidungszeitpunkt ebenfalls nicht bekannt und auch nicht ersichtlich.

2.2. Der Verweis auf die Rechnung PRN750007881284, bei der das angegebene Fälligkeitsdatum mit dem 26.10.2020 mehrere Wochen in der Zukunft lag, vermag für sich genommen das Besondere Missbrauchsverfahren nach § 31 EnWG nicht zu begründen.

Vor dem Hintergrund, eine beschleunigte, standardisierte und vereinfachte Marktkommunikation zu gewährleisten, wird seitens der Beschlusskammer zwar grundsätzlich die Notwendigkeit anerkannt, dass ein gewisser sachlicher und zeitlicher Zusammenhang zwischen der Rechnungslegung und dem Fälligkeitszeitpunkt bestehen muss und sich dieser Zeitpunkt bei verständiger Würdigung nicht als vollständig und sachgrundlos entkoppelt darstellen darf. Dies gilt vor allem auch im Hinblick darauf, dass die Liberalisierung des Strommarktes unter anderem darauf abzielt, den

Wettbewerb zu fördern und Verbrauchern beschleunigte und erleichterte Wechsel des Energielieferanten zu ermöglichen. Jedoch ist auch diesbezüglich, wie bereits dargestellt, darauf zu verweisen, dass im Bereich der Marktkommunikation von einem missbräuchlichen Verhalten im Sinne des § 31 EnWG erst dann ausgegangen werden kann, wenn ein Verhalten derartiger Dauer und Intensität vorliegt, das den Rückschluss auf eine insgesamt fehlerhafte oder unvollständige Umsetzung der behördlichen Festlegung durch den Netzbetreiber zulässt.

Im vorliegenden Fall stützt die Antragstellerin ihren Vortrag, dass die Antragsgegnerin in unzulässiger Art und Weise Rechnungen mit weit in der Zukunft liegenden Fälligkeitsdaten versende, lediglich auf eine einzige Rechnung, bei der das Fälligkeitsdatum mehr als einen Monat in der Zukunft liegt. Aus diesem Einzelfall lässt sich jedoch nicht der Schluss ziehen, dass die Antragsgegnerin in systematischer Art und Weise wiederholt jeglichen sachlichen und zeitlichen Zusammenhang zwischen Rechnungslegung und Fälligkeitsdatum vermissen lässt. Sofern die Antragstellerin die Klärung der Frage der möglichen kaufmännischen Zulässigkeit des in der Rechnung PRN750007881284 angegebenen Fälligkeitsdatums begehren sollte, stellt dies im Übrigen schon keinen tauglichen Beschwerdegegenstand im Rahmen eines Besonderen Missbrauchsverfahrens nach § 31 EnWG dar.

2.3. Auch der Vortrag der Antragstellerin, dass die Antragsgegnerin sich missbräuchlich verhalte, weil diese nicht alle in einem Turnuszeitraum gezahlten Abschläge berücksichtige, vermag auf Grundlage des vorliegenden Sachverhalts nicht zu überzeugen und ist als unbegründet abzuweisen.

Insofern hat die Antragsgegnerin dargelegt, warum und wann geleistete Abschläge systemseitig durch das Abrechnungssystem in welchen Turnusabrechnungen berücksichtigt werden und wann durch das Abrechnungssystem Stornierungen und Zuordnungen zu anderen Zeiträumen erfolgen. Dies hat die Antragsgegnerin der Antragstellerin auch in einem gesonderten Schreiben vom 14.10.2019 nach vorheriger Reklamation im direkten Austausch, der als ein Klärungsprozess zu bewerten ist, dargelegt. Der Geschäftsprozess „Netznutzungsabrechnung“ bzw. das EDI@Energy-INVOIC-REMADV – Anwendungshandbuch spannen für die Erstellung von Turnusabrechnungen einen Regelungsrahmen auf, der den Beteiligten innerhalb diesen Grenzen einen gewissen Gestaltungsspielraum zugesteht. Für die Beschlusskammer stellt es sich als innerhalb dieses Gestaltungsspielraums liegend dar, wenn seitens der Antragsgegnerin bei der Erstellung von Turnusrechnungen buchhalterisch Abschlagszahlungen storniert werden, deren Leistungszeitraum den Abrechnungszeitraum der betreffenden Turnusrechnung überschreiten. Für die Beschlusskammer ist ferner nicht ersichtlich, dass die Antragsgegnerin eingegangene Abschlagszahlungen überhaupt nicht verbuchen würde oder diese als nicht eingegangen behandeln

und zur nochmaligen Zahlung annehmen würde. Vielmehr stellt sich der Sachverhalt dergestalt dar, dass die Antragsgegnerin mittels der Stornierung lediglich eine buchhalterische Zuordnung zu einer anderen Abrechnungsperiode vornimmt, die Abschlagszahlung an sich aber verbucht und anerkennt. Weil die Antragstellerin demnach die rein buchhalterische Richtigkeit der Turnusrechnung bemängelt und diese Fragestellung außerhalb des unmittelbaren Anwendungsbereichs der Marktkommunikation liegt, ist sie diesbezüglich, ggf. unter Zuhilfenahme der Zivilgerichte, auf eine direkte Klärung mit der Antragsgegnerin verwiesen.

2.4. Sofern die Antragstellerin mit ihrer Beschwerde bezüglich der Berücksichtigung von Abschlägen im Kern darauf abzielt, dass die Antragsgegnerin ihr keine Liste zur Verfügung stellt, die detailliert aufschlüsselt, welche Abschläge im Einzelnen in welcher Turnusabrechnung angerechnet worden sind, so ist darauf hinzuweisen, dass weder die GPKE noch der Netznutzungsvertrag in der zum streitgegenständlichen Zeitpunkt maßgeblichen Fassung eine entsprechende rechtliche Verpflichtung normieren. Folglich hat die Antragstellerin zum streitgegenständlichen Zeitpunkt durch die fehlende Auflistung angerechneter Abschläge nicht gegen eine existierende Rechtspflicht verstoßen und es kann ihr insoweit auch kein rechtsmissbräuchliches und wettbewerbswidriges Verhalten vorgeworfen werden. Zwar verweist die Antragstellerin im Rahmen des Beschwerdeverfahrens vor dem OLG zutreffend darauf, dass es beim Festlegungsverfahren zur Weiterentwicklung der Netzzugangsbedingungen Strom (BK6-20-160) Anregungen zur Einführung einer entsprechenden Verpflichtung gegeben hat. Eine solche findet sich nunmehr in der künftigen Fassung von § 8 Nr. 10 Netznutzungsvertrag (in der Fassung Anlage 5a zum Beschluss BK6-20-160) wieder. Da diese Verpflichtung jedoch zum streitgegenständlichen Zeitpunkt noch nicht in Kraft getreten ist, kann sie für das streitgegenständliche Verfahren auch keine Berücksichtigung finden und die Antragstellerin sich hierauf insofern auch nicht berufen.

2.5. Des Weiteren führt die Antragstellerin zur Begründung des Besonderen Missbrauchsverfahrens nach § 31 EnWG aus, dass die Antragsgegnerin für die Marktllokation [REDACTED] aufgrund vorheriger Abmeldung eine unzulässige Netznutzungsrechnung gestellt habe. Dem kann ebenfalls nicht gefolgt werden.

Zunächst hat die Antragstellerin bestritten, dass die Marktllokation [REDACTED] zum Zeitpunkt der Stellung der Netznutzungsrechnung vom 18.06.2019 wirksam abgemeldet war. Somit steht das Vorliegen bzw. die Wirksamkeit einer einzelnen Abmeldungserklärung in Rede. Da es sich bei der Abmeldung der Belieferung einer Marktllokation letztlich um zivilrechtliche Willenserklärung handelt, ist für Fragen der Wirksamkeit einer solchen Erklärung grundsätzlich die Zivilgerichtsbarkeit zu bemühen. Insofern bestehen bereits erhebliche Zweifel an der Zulässigkeit des diesbezüglichen Antrags. Unabhängig von diesen ist das Besondere Missbrauchsverfahren nach § 31

EnWG jedoch auch unbegründet, da eine Streitigkeit über das Vorliegen einer wirksamen Abmeldung der Belieferung einer einzelnen Marktlotation für sich genommen als Einzelfall ohne weitere Anhaltspunkte noch nicht den Schluss auf eine strukturelle Missachtung der Vorgaben der Bestimmungen der Abschnitte 2 und 3 des dritten Teils des EnWG oder der auf dieser Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen sowie den nach § 29 Abs. 1 EnWG festgelegten oder genehmigten Bedingungen und Methoden durch den Netzbetreiber zulässt. Etwas Anderes könnte gelten, sofern sich Anzeichen dafür böten, dass die Antragsgegnerin in systematischer Art und Weise fortgesetzt Abmeldungen von Marktlotionen überhaupt nicht bearbeiten bzw. ignorieren oder die entsprechenden Marktlotionen trotz erfolgter Abmeldung regelmäßig weiter abrechnen würde. Anhaltspunkte für ein solches Verhalten der Antragsgegnerin sind jedoch weder aus den Ausführungen der Antragstellerin, noch aus anderen der Beschlusskammer zur Verfügung stehenden Erkenntnisquellen bekannt.

Die Erhebung von Kosten nach § 91 EnWG bleibt einem gesonderten Verfahren vorbehalten.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Christian Mielke

Andreas Fixel

Jens Lück

Vorsitzender

Beisitzer

Beisitzer